

HN

/

FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH

BU in f.
see

V.H. Salomon

Ergebnisse einer Untersuchung des
Institutes für empirische Sozialforschung

JK

978/78

Wien, im November 1978

Institut für empirische
Sozialforschung (ifes)
1200 Wien, Raffaelgasse 12-14
Telefon 33 15 01

ifes-Studie zu Flüchtlingen in Österreich, 1978.
Signatur: VI.8 Minderheiten, Box 26
Copyright: Kreisky Archiv

II. ERGEBNISSE UND INTERPRETATION

1. Informationsstand der Bevölkerung über politische Flüchtlinge in Österreich

Die große Mehrheit der Österreicher (78 %) hat schon einmal etwas gehört oder gelesen, daß der österreichische Staat etwas für die politischen Flüchtlinge tut.

Der Informationsstand korreliert stark mit Bildung und Ortsgröße: je höher die Bildung und je größer der Wohnort, desto öfter wird die betreffende Frage positiv beantwortet (Maturanten: 89 %, nur Pflichtschule: 67 %, Befragte in Orten bis 2000 Einwohner: 66 %, Personen in Großstädten über 50 000 Einwohner: 91 %). Aufgrund dieser Korrelationen ist der Informationsstand bei den Landwirten sehr schlecht (57 %), mittelmäßig bei Hilfsarbeitern und ziemlich gut bei Angestellten und Beamten (84 %).

Die Befragten sollten angeben, ob ihrer Meinung nach nach Österreich mehr, gleich viel oder weniger Flüchtlinge kommen, wie in vergleichbaren Ländern, wie etwa in die Schweiz oder nach Schweden.

Nach Österreich kommen mehr Flüchtlinge	41 %
gleich viel	31 %
weniger Flüchtlinge als anderswohin	19 %

Die Verteilung bei diesen Antwortkategorien hängt mit dem Informationsstand und mit der Einstellung zu den Flüchtlingen zusammen. Wenn z.B. die Befragten in den Orten bis 2000 Einwohnern zu 43 Prozent meinen, es seien gleich viele als wo anders, so gründet diese "Meinung" auf ihrem allgemeinen als niedrig einzuschätzenden Informationsstand. Wenn andererseits 67 Prozent der Anhänger der FPÖ meinen, es gäbe in Österreich mehr politische Flüchtlinge als in vergleichbaren Ländern, so drückt sich darin vermutlich eine gewisse Aggressivität gegenüber dem "Flüchtlingsstrom nach Österreich" aus.

Der Anteil derer, die meinen, daß es in Österreich weniger Flüchtlinge gibt als anderswo, bleibt in fast allen Untergruppen ziemlich konstant (nur die Jüngeren nehmen das signifikant öfters an als die Älteren), während die Anteile von "mehr" und "gleich" von Bevölkerungsgruppe zu Bevölkerungsgruppe sehr verschieden sind. Je größer der Wohnort des Befragten, je höher seine Bildung, desto eher meint er, daß es in Österreich mehr Flüchtlinge gäbe als anderswo. Die Bewohner Wiens und im Osten unseres Bundesgebietes vertreten ebenfalls viel häufiger diese Meinung als ihre Landsleute im Süden und Westen.

2. Informationsstand bei Detailfragen

Es wurden drei Gruppen von Flüchtlingen angeführt: solche aus Südamerika, insbesondere aus Chile, Juden aus der Sowjetunion und Flüchtlinge aus anderen Ostblockstaaten. Bezüglich dieser Gruppen wurde gefragt:

- * welche verbleiben länger oder dauernd in Österreich?
- * welche sind in Österreich am zahlreichsten?
- * für welche tut man in Österreich zu wenig?
- * welche kosten dem österreichischen Staat zu viel?
- * welche machen manchesmal Schwierigkeiten?

Dabei wurden folgende Ergebnisse erzielt:

(1 = Flüchtlinge aus Südamerika, 2 = Juden aus der Sowjetunion, 3 = Flüchtlinge aus anderen Ostblockstaaten, 4 = alle, 5 = keine, 6 = keine Angabe/weiß nicht)

(in Prozent)	1	2	3	4	5	6
verbleiben länger oder dauernd in Österreich	5	16	40	3	4	35
sind in Österreich am zahlreichsten	2	19	40	1	2	36
Österreich tut zu wenig für sie	5	4	4	8	27	52
kosten dem österreichischen Staat zu viel	2	10	9	17	13	49
machen manchmal Schwierigkeiten	3	13	18	7	13	48

Um bei den Fragen nach dem genaueren Informationsstand keine Gefälligkeitsantworten zu bekommen, wurde bei der Befragung die Antwortmöglichkeit "weiß nicht" gleich als erste Kategorie auf der Karte, die die befragte Person als Antworthilfe in der Hand hatte, angegeben. In der oben angeführten Tabelle, setzten wir diese Kategorie aus Gründen der leichteren Lesbarkeit hingegen an die letzte Stelle.

Etwa ein Drittel der Österreicher weiß selbst bei den groben Einschätzungsfragen, wie bei der Frage nach der Größe der drei angeführten Gruppen und deren Verbleibdauer in Österreich, nicht Bescheid. Bei den nächsten drei Fragen, die schon eine spezifische Kenntnis voraussetzen, oder ein ziemlich selbstbewußtes Vorurteil, zeigt sich etwa die Hälfte uninformiert.

Der Informationsgrad ist sehr stark von der Bildung und der Gemeindegröße abhängig: je größer die Gemeinde und je höher die Bildung, desto eher trauen sich die Zielpersonen eine Antwort auf die gestellten Fragen zu.

Eine wirkliche Gegnerschaft zur Flüchtlingspolitik der Regierung ist nur bei einer Minderheit festzustellen. Die Meinung, daß alle Gruppen dem österreichischen Staat zu viel kosten, kommt in einem etwa gleich starken Ausmaß (Varianz von 10 bis 24 %) in allen Bevölkerungsgruppen vor, ist also weder sozial-schichtabhängig, noch steht sie in Verbindung mit der politischen Einstellung.

Die Beurteilung der drei Flüchtlingsgruppen

Die Flüchtlinge aus Südamerika werden relativ günstig beurteilt. Man ist eher der Ansicht, daß man in Österreich zu wenig für sie tut (gesehen in Relation zu ihrer Quantität). Dabei ist zu beachten, daß in Relation zu ihrer quantitativen Einschätzung eine derartige Kritik am Staat bezüglich der beiden anderen Gruppen deutlich geringer ist. So halten z.B. 40 Prozent der Befragten die Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten zwar für die zahlenmäßig stärkste Gruppe, aber nur 4 Prozent meinen, man tue für sie zu wenig und umgekehrt 9 Prozent, daß sie dem Staat zu viel kosten. Besonders die Personen bis 30 und solche, die sich noch in Ausbildung befinden, vertreten oft die Meinung, daß die Flüchtlinge aus Südamerika zu kurz kommen.

Bezüglich der Juden aus der Sowjetunion nehmen 16 Prozent an, daß sie dauernd oder länger in Österreich bleiben. Es ist also in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt, daß es sich hier vorwiegend um Transitflüchtlinge handelt. Relativ oft wird dieser

Gruppe auch nachgesagt, daß es mit ihr Schwierigkeiten gibt, was vermutlich auf die internationalen Konflikte zurückgeht. Von Pensionisten, Maturanten und FPÖ-Anhängern gibt es gegenüber dieser Gruppe offensichtliche Vorurteile.

Die Flüchtlinge aus den übrigen Ostblockstaaten werden von 40 Prozent als die stärkste Gruppe angesehen. Auch bei dieser Gruppe ist weitgehend unbekannt, daß es sich vorwiegend um Transitflüchtlinge handelt. Man ist mehrheitlich der Ansicht, daß man für diese Flüchtlinge genügend tut, der Aufwand für sie erscheint nur einem Zehntel der Bevölkerung für zu hoch. FPÖ-Anhänger vertreten zwar bezüglich dieser Gruppe eine eher günstigere Meinung, betonen aber andererseits auch bei dieser Gruppe überdurchschnittlich oft, daß sie dem österreichischen Staat zu viel kosten.

3. Die Beurteilung der Flüchtlingspolitik der Regierung

Bei der Frage, ob man die Flüchtlinge in Österreich eingliedern oder möglichst rasch in andere Länder weiterschicken soll, sind die Meinungen geteilt. 48 Prozent sprechen sich für Integration, 46 Prozent für die andere Alternative aus.

Die Stellungnahme zu dieser Frage zeigt sich wiederum sehr stark abhängig von Alter, Bildung, Ortsgröße und der Region.

Mehrheitlich für die Integration sind:

Personen bis 30 Jahre alt	(zu 58 %)
Personen in Ausbildung	(zu 76 %)
Maturanten	(zu 64 %)
Städte über 50 000 Einwohner (ohne Wien)	(zu 69 %)
Westösterreich, inklusive Oberösterreich	(zu 59 %).

Mehrheitlich gegen die Integration sind:

Personen über 50 Jahre alt	(zu 53 %)
Personen mit Pflichtschule ohne weitere Ausbildung	(zu 51 %)
Orte bis 2000 Einwohner	(zu 57 %)
Niederösterreich und Burgenland	(zu 55 %).

In Zusammenhang mit der Bildung steht die Meinungsdifferenzierung nach Berufsgruppen: Selbständige und Angestellte sind eher für die Integration, Hilfsarbeiter und Landwirte eher dagegen.

Die Parteipräferenz spielt kaum eine Rolle, außer das FPÖ-Anhänger geringfügig häufiger für ein "Weiterschicken" eintreten.

Frage: "Sollte sich der Staat noch mehr, soviel wie bisher oder weniger um die Flüchtlinge kümmern?"

noch mehr	12 Prozent
soviel wie bisher	69 Prozent
weniger	15 Prozent

Die Faktoren Alter, Bildung, Beruf, Ortsgröße und Region wirken sich ebenso wie bei den vorhergehenden Fragestellungen aus.

Der finanzielle Aufwand für die Flüchtlinge

Frage: "Im Durchschnitt zahlt jeder erwachsene Österreicher heute über Steuergelder 25 Schilling im Jahr für die Flüchtlinge. Ist das Ihrer Meinung nach zu viel, gerade richtig oder zu wenig?"

zu viel	15 Prozent
gerade richtig	69 Prozent
zu wenig	13 Prozent

Das Gesamtergebnis dieser Frage deutet darauf hin, daß Herr und Frau Österreicher mit dem Aufwand einverstanden sind, wobei allerdings eher der Eindruck entsteht, daß die Mehrheit vor allem deswegen zustimmt, weil sie sich mit dieser Frage kaum auseinandergesetzt hat.

Die Differenzierungen ergeben sich hier vor allem durch Bildung und Ortsgröße, infolge der Bildung auch bei den Berufsgruppen; das Alter spielt hier keine Rolle.

(in Prozent)

man gibt man gibt
zu viel aus zu wenig aus

Personen mit Pflichtschule ohne weitere Ausbildung (860)	18	9
Maturanten (205)	4	34
Orte bis 2000 Einwohner (519)	21	5
Orte von 50 000 bis 1 Million Einwohner (183)	9	24
Angestellte (429)	7	22
Hilfsarbeiter (432)	18	6

4. Teilnahme der Bevölkerung an der Betreuung der Flüchtlinge

Rund ein Drittel der Bevölkerung (35 %) vertritt die Meinung, daß sich nicht nur der Staat durch seine Institutionen um die Flüchtlinge kümmern soll, sondern auch der "einzelne Österreicher".

Um herauszufinden, inwieweit diese unverbindliche Meinung durch persönliche Bereitschaft des Engagements gedeckt ist, wurde sehr konkret nachgefragt, ob jemand mit den Flüchtlingen aus Südamerika oder aus den Ländern des Ostblocks näheren Kontakt aufnehmen möchte.

Es sind interessiert (in Prozent)

	mit Flüchtlingen aus Südamerika dem Ostblock	
in Berührung zu kommen und ihnen persönlich zu helfen	31	31
für sie Amtswege zu erledigen	28	28
mit den Flüchtlingen über ihre Probleme zu diskutieren	35	34
Flüchtlingskindern bei den Schulaufgaben zu helfen	34	33

Entscheidend ist das Ergebnis, daß etwa rund ein Drittel der Bevölkerung eine ganz konkrete Bereitschaft für humanitäre Aktionen zugunsten der Flüchtlinge zeigt. Die Jüngeren, die besser Gebildeten, die Bewohner von großen Städten und die Bevölkerung im Westen eher geneigt sich zu engagieren als der Durchschnitt. Facharbeiter zeigen ein durchschnittliches Interesse, Hilfsarbeiter und Landwirte ein sehr geringes.

Was die Parteipräferenz anlangt, so sind es die Anhänger der ÖVP, die am ehesten eine derartige Bereitschaft bekunden, während die Anhänger der FPÖ am häufigsten solche Vorschläge ablehnen.

Anhänger der SPÖ und solche, die sich als keiner Partei nahestehend bezeichnen oder auf diese Frage keine Antwort geben, legen ein durchschnittliches Verhalten an den Tag.

Die Bereitschaft der Bevölkerung mit Flüchtlingen in Berührung zu kommen und ihnen zu helfen oder sonst etwas für sie zu tun, ist fast völlig unabhängig davon, woher diese nun jeweils kommen. Zumindest bezüglich der Flüchtlinge aus Südamerika und aus dem Ostblock kann diese Aussage gemacht werden. Im Vordergrund steht eindeutig der humanitäre Aspekt, nicht irgendein politisches Nahverhältnis.

Auch wenn man die Untergruppen analysiert, so ist die Bereitschaft in fast allen Untergruppen nicht von der Herkunft der Flüchtlinge abhängig. Nur bei den Maturanten kann man eine geringfügige Präferenz für Flüchtlinge aus dem Ostblock ersehen und Anhänger der FPÖ sind eher daran interessiert mit den Flüchtlingen aus Südamerika zu diskutieren, als ihnen zu helfen. Hilfe für Schulkinder würde diese Gruppe jedoch eher den Kindern der Flüchtlinge aus dem Ostblock zukommen lassen.

Spendenbereitschaft

Zwei Drittel (64 %) wären bereit, für die Betreuung der Flüchtlinge Geld zu spenden, allerdings unter der Voraussetzung zu wissen, daß es einer guten Verwendung zugeführt wird.

Die übliche Differenzierung in den Untergruppen tritt hier nicht so deutlich auf, ist aber auch in ihren Grundzügen erkennbar. Nur der Faktor Alter spielt hier keine Rolle, da die Jüngeren, die sonst immer mehr für die Flüchtlinge plädieren, finanziell eher schwach sind.

Die Mehrheit derer, die grundsätzlich bereit ist, eine Spende zu geben, würde dabei an einen Betrag von über S 50,- im Jahr denken.